



Informationen und Positionen

Im Internet: www.linkes-buendnis-dortmund.de
c/o Oesterholzstraße 27 44145 Dortmund Tel: 0231.814709

Parteilose Linke, DKP und SDAJ

Spendenkonto: 181033169 Sparkasse Dortmund (44050199)

Schwarz auf Weiß - Informationen für Dortmunder/innen von "Linkes Bündnis Dortmund" Mai 08

Liebe Leserin, lieber Leser,

Vertreter der Partei "Die Linke" in Dortmund haben uns darüber informiert, dass die Partei "Die Linke" in Dortmund zur Kommunalwahl 2009 kein Wahlbündnis mit dem "Linken Bündnis Dortmund – Parteilose Linke, DKP und SDAJ" eingehen wird. Es wurde uns das Angebot unterbreitet, Mitgliedern des "Linken Bündnis Dortmund" eine Kandidatur auf der Liste der Partei "Die Linke" zu ermöglichen.

In einer gemeinsamen Sitzung haben die Vorstände der DKP Dortmund und des "Linken Bündnis Dortmund" über dieses Angebot beraten und auch alle anderen Formen der Kandidatur in Erwägung gezogen. Es wurden vier Möglichkeiten diskutiert:

- § das „Linke Bündnis Dortmund“ tritt erneut zur Kommunalwahl an,
- § die DKP Dortmund tritt mit einer offenen Liste zur Kommunalwahl an,

§ DKP und "Linkes Bündnis Dortmund" stellen Kandidatinnen/Kandidaten für die offene Liste der Partei "Die Linke" zur Verfügung,

§ "Linkes Bündnis Dortmund" und DKP Dortmund verzichten auf eine Kandidatur und konzentrieren sich auf die außerparlamentarische Arbeit

Die Mitglieder der Vorstände haben daraus einen Vorschlag zur Kommunalwahl-Kandidatur erarbeitet - mehrheitlich wurde als Vorschlag an die Mitglieder beschlossen, eine erneute Kandidatur des "Linken Bündnis Dortmund" anzustreben.

Dieser Vorschlag und seine Alternativen sollen in einer gemeinsamen Mitgliederversammlung von "Linkem Bündnis Dortmund" und DKP Dortmund am 10.06.2008 gründlich beraten werden. Es geht um die Vorbereitung unserer Beteiligung an der Kommunalwahl 2009.

Herzlich grüßt Linkes Bündnis Dortmund

Partei "Die Linke. Dortmund" und "Linkes Bündnis Dortmund - Parteilose Linke, DKP und SDAJ" Gemeinsame Erklärung aus Anlass der Kampagne gegen Christel Wegner (DKP) und "Die Linke.Niedersachsen"

Kapital, Politik und Medien diskriminieren systemkritische Politikkonzepte und alternative Ideen immer und grundsätzlich. Die Kampagne gegen das DKP-Mitglied Christel Wegner war nur ein Glied in einer langen Kette. Im Fadenkreuz stand nicht nur die DKP und auch nicht nur die neue Landtagsfraktion Die Linke. in Niedersachsen. Ziel war und bleibt vielmehr die Schwächung der gesamten linken Bewegung, ihre Spaltung und letztlich ihre Vernichtung.

Wir Linken in Dortmund - die Partei "Die Linke. Dortmund" und das "Linke Bündnis Dortmund - Parteilose Linke, DKP und SDAJ" - erklären:

- § Wir lassen uns durch Politik- und Medienkampagnen und andere Spaltungsversuche nicht gegeneinander ausspielen und auseinander dividieren. Wir arbeiten politisch weiterhin solidarisch zusammen, sowohl im Rat der Stadt als auch außerparlamentarisch.
- § Wir tolerieren die unterschiedlichen Meinungen, Vorstellungen und Positionen, die innerhalb der Linken in Dortmund vertreten sind. Wir sind offen für linke Reformer/innen, für Sozialist/innen und für Kommunist/innen. Wir wissen: Gesellschaftlicher Fortschritt ist nicht durch Anpassung an den herrschenden "Zeitgeist" zu erreichen, eine wirklich andere Politik ist nur ohne Antikommunismus möglich.

§ Wir lehnen jeden Rückfall in den staatlich verordneten Antikommunismus mit seinen Repressionen, Politik- und Berufsverboten ab. Die Auseinandersetzung mit der Geschichte der sozialistischen Gesellschaften lassen wir uns nicht nehmen – weder rechtfertigen wir die Fehlentwicklungen noch verleugnen wir die positiven Entwicklungen.

§ Uns verbindet die Erkenntnis, dass die Menschen- und Bürgerrechte in diesem Land bedroht sind durch die Pläne von Innenminister Schäuble, demokratische Grundrechte weiter einzuschränken im Ausbau schrankenloser Bürgerüberwachung bis hin zum Einsatz der Bundeswehr im Innern.

§ Und nicht zuletzt verbindet uns das Wissen, dass grundlegende Menschenrechte, wie das auf Arbeit, auf Bildung, auf Gesundheit, u.a.m., verletzt werden durch das System selbst, durch den Kapitalismus, heute durch den Neoliberalismus.

Für uns gilt weiterhin: Nur durch solidarisches politisches Arbeiten - zusammen mit anderen und gemeinsam als Linke in Dortmund - können wir wirksam werden gegen Sozialabbau, gegen Arbeitsplatzvernichtung, gegen Privatisierung, gegen Neofaschisten und Militaristen, für gleiche Rechte und für bessere Lebensbedingungen für alle Menschen hier in Dortmund.

Dortmund, im März 2008

ê
40 Jahre
DKP und SDAJ
in Dortmund ê ê ê ê ê ê ê



und

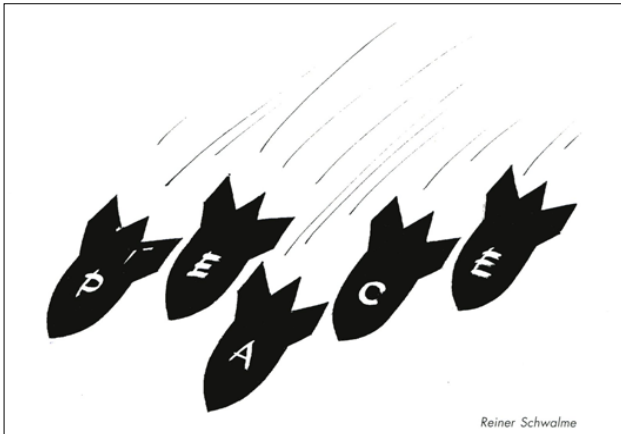


Gemeinsames Flugblatt "Dortmunder Friedensforum" und "Linkes Bündnis Dortmund – Parteilose Linke, DKP und SDAJ":

Deutsche Soldaten raus aus Afghanistan!

7 Jahre Krieg gegen Afghanistan - ein Ende ist nicht in Sicht

Je verzweifelter und aussichtsloser die Lage in Afghanistan wird, desto mehr drängen USA und NATO auf das Ausweiten der Kampfeinsätze. Dabei ist deutlich, dass dieser Krieg ebenso wenig zu gewinnen ist wie der Krieg gegen den Irak. Jedes Blutbad unter der Zivilbevölkerung, jede Bombe, die Haus und Hof zerstört, stärkt den Widerstand gegen die Besatzer.



Immer tiefer in den Krieg der USA verstrickt

Nachdem Kriegsminister Jung bereits eine "Schnelle Eingreiftruppe" der Bundeswehr für den Norden Afghanistans bereit stellen will, fordern die USA und die NATO auch deutsche Kampftruppen für den Süden des Landes. Der Druck zu mehr Kriegseinsatz nimmt zu, sodass Kriegsminister Jung 1000 Soldaten zusätzlich und eine Ausweitung der Kampfeinsätze in den Westen Afghanistans versprochen. Bei allen schnellen Dementis - Deutschland wird immer tiefer in diesen schmutzigen Krieg hineingezogen. Dabei wird an die "Ehre" und "Bündnistreue" der Bundeswehr appelliert und der Zusammenbruch der NATO heraufbeschworen, wenn Deutschland sich seinen Bündnispflichten widersetzt.

Es war ein Fehler von Anfang an, in "uneingeschränkter Solidarität" (der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder) dem obersten Kriegsherrn der USA, G. W. Bush in seinen Kampf "gegen den Terror" zu folgen. Mit Krieg bekämpft man keinen Terror. Krieg selbst ist Terror der Mächtigen, der hauptsächlich die Zivilbevölkerung des besetzten Landes trifft und eine Spirale der Gewalt in Gang setzt. Wir fordern das Ende dieses Krieges – USA und NATO raus aus Afghanistan.

Das Märchen vom humanitären Einsatz der Bundeswehr

Über 70 % der Bundesbürger lehnen den Afghanistankrieg ab. Deshalb wurde beschwichtigt: Der Einsatz der Bundeswehr ist kein Kampfeinsatz. Das war eine schlichte Lüge. Die Grenzen zwischen "ISAF Schutztruppe" der NATO, der die Bundeswehr angehört, und dem Kampfeinsatz "enduring freedom" der USA sind längst verwischt. Über die Rolle der KSK Truppe (Kommando Spezialkräfte), die zum Töten im Nahkampf ausgebildet wird, wurde geschwiegen. Die Späherdienste der sechs deutschen Tornados beim Aufspüren und Bomben von Angriffszielen wurden kleingeredet.

Seit neuestem gilt das Märchen vom deutschen "Friedenseinsatz" nicht mehr. Im Gegenteil, Klaus Naumann, ehemaliger Generalinspekteur der Bundeswehr, moniert,

dass die deutsche Politik nicht ausreichend dargestellt hat, worum es geht. Wörtlich: "Es wird verniedlichend von humanitären Einsätzen gesprochen. Das Wesen von Streitkräften ist die Anwendung von Gewalt zur Durchsetzung politischer Ziele." Ganz offensichtlich soll sich der Bürger/die Bürgerin nun an den Gedanken gewöhnen, dass Deutschland Krieg führt und dass das richtig und notwendig ist.

Wieso wird Deutschland am Hindukush verteidigt?

Bei diesem Krieg geht es weder um die Bekämpfung des Terrors, noch um die Einführung der Demokratie und auch nicht um die Befreiung der Frauen in Afghanistan. Es geht genauso wie im Irakkrieg um den Zugriff auf die riesigen Rohstoffvorkommen im ostasiatischen Raum und dessen militärische Absicherung. Beim Ausplündern der "Dritten Welt" durch die USA und ihre Verbündeten will Deutschland ein Stück vom Kuchen abhaben. Das sind die "deutschen Interessen, die es zu verteidigen gilt." Dieser Krieg ist ein völkerrechtswidriger Angriffskrieg und zutiefst inhuman.

Da gibt es nur eins: Sag NEIN!

Neun von zehn Euro, die aus der EU nach Afghanistan fließen, werden für Militärisches ausgegeben. Statt sich immer tiefer in Kriegsverbrechen zu verstricken, ist striktes Umdenken angesagt: Die Bundeswehr muss raus aus Afghanistan. Die vielen Hundert Millionen Euro, die der Bundeswehreinsatz Jahr für Jahr verschlingt, müssen für humanitäre und medizinische Hilfe, Nahrungsmittel und den Aufbau des zerstörten Landes ausgegeben werden. Statt Soldaten müssen Technisches Hilfswerk und Mediziner nach Afghanistan geschickt werden.

Wir fordern den Bundestag jetzt auf:

- Stimmen Sie gegen die "Schnelle Eingreiftruppe"!
- Weisen Sie alle Anforderungen auf Ausdehnung der Kampfeinsätze zurück!

Unsere grundsätzlichen Forderungen sind:

- Schluss mit den verfassungswidrigen Auslandseinsätzen!
- Deutschland raus aus der NATO!



V.i.S.d.P.: Ula Richter c/o Linkes Bündnis Dortmund

Kundgebung am 29.02.2008 gegen den deutschen Kriegseinsatz in Afghanistan

Veranstaltet von "Dortmunder Friedensforum" und "Linkes Bündnis Dortmund – Parteilose Linke, DKP und SDAJ"

Grußwort von Wolfgang Richter

Reden wir vom Geld!

Das tut man nicht, ist eine Regel der guten Bürger, man hat es, das muss genügen. Wenn es zu viel wird, müssen die Millionäre und Milliardäre es irgendwo unterbringen – gerade ist Liechtenstein eine gute Adresse gewesen, nun muss man ein anderes Konto anderswo eröffnen. Besser nicht davon reden.

Von Geld spricht man erst recht nicht im Kriegsfall. Wer Krieg führt, tut alles dafür, ihn ethisch, moralisch, national, weltpolitisch usw. als historisch notwendig und

das Sterben als ehrenwert und geradezu ästhetisch schön darzustellen. Nach den Kosten zu fragen, ist verpönt. Das machen nur Sozialisten und Kommunisten. Das war so im Reichstag, als es um Kriegskredite ging, so ist es geblieben. Wir fragen nach den Kosten und reden vom Geld.

Es ist allerdings nicht einfach herauszubekommen, wie viel Geld in die Kriege in Afghanistan und anderswo auf der Welt gesteckt wird. In den USA gibt es eine offizielle Zahl – ca. 80 Milliarden Dollar für die sechs Jahre Krieg seit 2001 wird dort aufgelistet, allerdings rechnen Experten mit dem Doppelten, wenn alle Etatpositionen hinzugezogen werden. Allein 2008 werden in den USA 30 Milliarden Dollar für diesen Krieg ausgegeben werden.

In Deutschland werden die Ausgaben für den Krieg in Afghanistan "Einsatzbedingte Zusatzausgaben" genannt, weil sie nur erfassen, was auf die Grundkosten für die ständige Kriegsbereitschaft im Militär- und in anderen Haushalten obendrauf kommt, wenn Kriegseinsatz angesagt ist. Im Fall Afghanistan wurden für 12 Monate – 2007 – ca. 530 Millionen Euro angesetzt, darin enthalten ca. 44 Millionen für den Einsatz der Tornados, die den US-Bombern den Weg zu den Hütten weisen sollen. Im gleichen Zeitraum waren gerade mal ca. 100 Millionen Euro für den so hoch gepriesenen zivilen Aufbau eingesetzt.

Übrigens sind von den über 500 Millionen Euro keine 100 für "Personalausgaben" eingesetzt, will sagen für den Kriegseinsatz von 3000 Soldaten. Dies sind auch nur die "Auslandsverwendungszulagen", ca. 90 Euro extra für jeden Tag Krieg für jeden Soldaten. Also bleiben mehr als 400 Millionen Euro für anderes – der militärisch-industrielle Komplex will auch seinen Teil haben, wenngleich auch dies wieder nur einen kleineren Teil ihrer Sehnsüchte nach Gewinnen ausmacht. Würde hier alles gerechnet – die vollen Personalkosten für das Vorhalten kriegsfähigen Personals und die vollen Material- und Verwaltungskosten für das Bereithalten vernichtungsfähiger Ausstattung, so wird die Milliardenzone mit Sicherheit erreicht. Hier ist keine Zeit, das Zahlenwerk im Detail auszuführen.

In Dortmund geht es gerade um 20 Millionen Euro oder 30, keiner weiß das so genau, deretwegen die städtischen Kliniken als eine der größten kommunalen Kliniken in der Bundesrepublik wackeln. Es ist von Insolvenz die Rede. Die Beschäftigten sollen die Situation retten, indem sie einen Notlagentarifvertrag abschließen sollen – ein paar Prozente niedrigere Löhne und Gehälter, ein paar Stündchen mehr in der Woche arbeiten und weitere Einschränkungen ihres Lebens werden ihnen von der kommunal bestimmten Verwaltung angetragen. Ein Skandal in SPD/grüner Politik, mehr Skandal halten CDU/FDP bereit, die die privaten Aasgeier der Gesundheitsspekulanten herbeireden und wohl auch herbeisehen.

20 oder 30 Millionen extra für eine große Klinik - das Beenden des Kriegseinsatzes in Afghanistan erlaubte solche notwendigen Extras für zwanzig oder mehr Kliniken im Land oder auch anderswo, sofort. Würde nicht nur dieser Kriegseinsatz, sondern würden alle Angriffe beendet und die aggressive Kriegsbereitschaft der Bundesregierung abgebaut, so wäre das Gesundheitswesen im Lande insgesamt und noch manches mehr in menschenwürdige Zustände zu versetzen.

- § Für das sofortige Beenden des Krieges in Afghanistan und überall!
- § Für das Durchsetzen des Verbots aller Angriffskriege!
- § Für den Rückbau der Bundeswehr
- § und die Vernichtung aller Kriegswaffensysteme im Lande!

"Linkes Bündnis Dortmund – Parteilose Linke, DKP und SDAJ":

Flugblatt zum 1. Mai 2008

"Gute Arbeit muss drin sein!"

(Das Motto des DGB zum diesjährigen 1. Mai)

... und das ist schon drin:

Sozialer Abstieg und millionenfache Neue Armut

117.000 Dortmunderinnen und Dortmunder sind arm oder von Armut bedroht, 43.000 Dortmunderinnen und Dortmunder sind arbeitslos, 103.400 Dortmunderinnen und Dortmunder erhalten Transferleistungen, weil ihr Einkommen zum Leben nicht reicht, 4.600 Dortmunder Haushalten wurde im letzten Jahr der Strom abgedreht, 23.700 Dortmunder Kinder leben in Familien ohne ausreichendes Erwerbseinkommen (Kinderarmut genannt), 9 % aller Schülerinnen und Schüler verlassen die Schule ohne Abschluss.

Das sind nur einige der nicht nur in Dortmund sichtbaren Auswirkungen der Barbarei des zeitgenössischen Kapitalismus, auch als Neoliberalismus bekannt. Seine Vertreter (ja, sie haben Gesichter und Namen und sitzen in den Vorständen von Nokia, Siemens, Telekom....) setzen auf die Zerstörung des Sozialstaats, die Senkung der Löhne und Renten und verkünden in einem Atemzug Rekordgewinne und die Vernichtung tausender Arbeitsplätze.

Die in Dortmund in der Verantwortung stehenden Politiker kommen offensichtlich mit den Folgen des barbarischen Kapitalismus und der sozialen Spaltung gut klar. Sie veranstalten Foren zur „Sozialen Stadt“, lassen Sozialatlanten erstellen und erklären soziale Brennpunkte zu "Aktionsräumen". Aber die von der Mohn-Sekte in Gütersloh – der Bertelsmann AG - angestiftete Stadtspitze und die große Koalition aus SPD/CDU/ Grünen/FDP sind nicht in der Lage, die sozialen Probleme zu lösen. Denn das kostet Geld. Und Geld ist angeblich nicht vorhanden.

... und das ist auch drin: Bankrotter Staat

und Milliarden Steuergeschenke für Konzerne

Fakt ist, dass der Staat planmäßig bankrottiert wurde und den Reichen und Konzernen Steuergeschenke in Milliardenhöhe gemacht worden sind. Die Steuergesetze von SPD-Grün und CDU-SPD bluteten den Staat finanziell aus und bewirkten gleichzeitig Reichtumspflege: Spitzensteuersatz und Körperschaftsteuer mehrmals gesenkt, Vermögensteuer ausgesetzt, Gewerbekapitalsteuer abgeschafft, Freibeträge bei Erbschaftsteuer erhöht, Steuerfreiheit bei Veräußerungsgewinnen gewährt. So verzichtet der Staat jährlich auf hunderte Milliarden Euro. Und obendrein verbuchen die Konzerne in jedem Jahr explodierende Profite.

Es ist also genug Geld da, um den sozialen Abstieg von Millionen Menschen zu bremsen und ein solidarisches System sozialer Sicherung zu schaffen. Das setzt jedoch voraus, dass die Umverteilung von unten nach oben umgekehrt und bei der Steuerpolitik umgesteuert wird. Es gilt, den neoliberalen Gesellschaftsumbau zu stoppen. Es gilt, das zu vereinigen, was das Kapital teilt. Dazu gilt es, ein Bündnis aus Gewerkschaften, der politischen Linken, Globalisierungsgegnern, Friedensfreunden, Antirassisten und allen demokratischen Gegnern des Neoliberalismus herzustellen.

Für Dortmund wiederholen wir unsere Forderung an den Haushalt der Stadt nach Umsetzung unseres 100-Millionen –Sofortprogramms (das vollständige Programm findet sich auf unserer Internet-Seite im Archiv 2007 am 8. Dezember unter dem Stichwort: "Her mit Eurer Kohle – nur zu unserm Wohle!").

V.i.S.d.P.: Udo Stunz

c/o "Linkes Bündnis Dortmund – Parteilose Linke, DKP und SDAJ"

Erklärung zum "Forum Soziale Stadt":

Viel Sozial-Pathos - nichts Greifbares

Angesichts sich zuspitzender sozialer Widersprüche, der Vertiefung der Kluft zwischen Arm und Reich auch in Dortmund und der im kommenden Jahr anstehenden Kommunalwahl versucht nun Oberbürgermeister Lange-meyer, mit einer Veranstaltung wie dem "Forum Soziale Stadt" und dem Entwurf eines Aktionsplanes das Soziale zu seinem Thema zu machen.

Schon die Auftaktveranstaltung machte die Widersprüchlichkeit des Unterfangens deutlich: Hartz IV-Empfänger/innen, Migrant/innen, Kinder und Jugendliche kamen nicht zu Wort, Kritik war unerwünscht, man blieb lieber unter sich.

In der „Hauptstadt der prekären Beschäftigungsverhältnisse“ stimmt man stattdessen Lobgesänge auf die hervorragenden Leistungen und Wohltaten an, die man über das gesetzliche Maß hinaus den Notleidenden zukommen lasse. Da kommt die Realität auch schon mal unter die Räder, wenn man sich z. B. das Sozialticket an eigene Revers heftet, wohlweislich unterschlagend, dass erst der jahrelange Druck der außerparlamentarischen sozialen Bewegung SPD/Grüne - im Jahr vor der Kommunalwahl - zu diesem Schritt veranlasste.

Wer Hartz IV für ein Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit hält - und leider hat sich auch der DGB-Landesvorsitzende in der Veranstaltung hiervon nicht distanziert - dem kann man nur eine beschönigende Sicht der Dinge hart am Rand zum Zynismus bescheinigen.

Die drängenden Probleme in der Stadt werden kleingedredet oder verschwiegen. Beispiele: Arbeitslosigkeit von mehr als 14 %, drohende Insolvenz und Notlagentarifvertrag des (noch) städtischen Klinikums, Millionengrab Flughafen, katastrophale Situation im Jugendhilfedienst, weitere Arbeitsplatzvernichtung durch das Projekt „Verwaltung 2020“ bei der Stadtverwaltung, verweigerter Festschreibung von Tariflöhnen bei der Vergabe öffentlicher Aufträge, Dumpinglöhne in den Gesellschaften des „Konzerns“ Stadt Dortmund. Als Grundlage für einen „Aktionsplan Soziale Stadt“ ist das grob irreführend.

Gute Arbeit will man schaffen, Kinder stärken und gemeinsam im Stadtteil sozial handeln - nur Kosten darf es nichts. Die von SPD/Grüne/CDU/FDP betriebene Politik der leeren öffentlichen Kassen bei gleichzeitigen Steuergeschenken an Unternehmer und Konzerne hat zur desaströsen Finanzmisere der Gemeinden geführt - das Schaffen einer „Sozialen Stadt“ kann so nicht mehr als eine neoliberale Absichtserklärung sein.

V.i.S.d.P. : Doris Vorderbrügge c/o Linkes Bündnis Dortmund

Splitter aus dem Rathaus

Vorbemerkung: Die Sitzungstermine von Rat und Ausschüssen, Tagesordnungen, Vorlagen und Protokolle sind auf der Homepage der Stadt – <http://www.dortmund.de> - zu finden. Nachdem die Fraktion "Die Linken im Rat" eine eigene Homepage – www.die-linken-im-rat-dortmund.de – eingerichtet hat, werden Berichte aus dem Rat und aus den Ausschüssen aus ihrer Sicht dort gegeben. Hier werden nun nur noch ausgewählte Themen, Stellungnahmen und Diskussionsbeiträge aus der Sicht des "Linken Bündnis Dortmund – Parteilose Linke, DKP und SDAJ" wiedergegeben, für das Wolfgang Richter in den Rat gewählt wurde. Aus Platzgründen können dies nur Auszüge sein – Splitter – mehr dazu ist auf unserer Homepage selbst zu finden: www.links-buendnis-dortmund.de

Für Mindestlöhne und gegen Ein-Euro-Jobs in kommunalen Maßnahmen

(Vgl. den Antrag in "Informationen & Positionen" Jan 08)

Mündliche Begründung im Rat am 14.02. Wolfgang Richter

Unser Antrag ist bis in den Rat vorgedrungen – Ihre Fraktionen haben ihn in zwei Ausschüssen abgelehnt – Sie werden ihn hier und heute auch ablehnen. Denn Sie wissen in der Problematik nicht weiter und darauf haben Sie nur die Antwort: Weiter so. Die Politik von Merkel und Müntefering in der Nachfolge von Schröder und Fischer hat Arbeitsmarkt und Sozialstaat an die Wand gefahren und da stehen Sie nun: Mit dem Rücken zur Wand. So werden Sie gleich auch wieder "argumentieren".

Es wird Ihnen nicht die Sprache verschlagen haben, was das Institut der Agentur für Arbeit – das Institut für Arbeitsmarkt und Berufsbildung (IAB) – zu den Wirkungen der Ein-Euro-Jobs gerade eben veröffentlicht hat. Natürlich reizt es mich, Ihnen daraus seitenweise genau das vorzulesen, was Ihnen eine Dortmunder Forschungsgruppe, an der ich beteiligt war und bin, seit Jahr und Tag im Detail dargestellt und erklärt hat. Aber was gelten Ihnen schon Darlegungen eines Marxisten, deren Berechtigung Sie sich ja immer erst ein paar Jahre später bestätigen lassen müssen. Was Ihnen "zu früh" gesagt wird, vertuefeln Sie. Was dann später Ihrem Populismus und schon beginnendem Wahlkampf nützt, nehmen Sie und gehen damit hausieren. Gerade ist die Stadt vollgeklebt mit grünem Populismus, der als seinen Erfolg reklamiert, was Sozialforum und die Linken in der Stadt jahrelang erkämpfen mussten. In Berlin wird inzwischen viel über Mindestlöhne geredet, auch hier in den Stadtteilen regen sich Ortsvereine der SPD, vielleicht bewegen Sie sich zu diesem Thema ja etwas schneller.

Was werden Sie zu diesem Antrag sagen? Sie werden noch einige Zeit weiter sagen: Dieser Antrag sei weltfremd und systemfern, weil das große Ganze in Stadt und Land zusammenbreche, wenn Arbeit tariflich bezahlt werde, wenn Mindestlöhne vorgeschrieben und Ein-Euro-Jobs abgeschafft würden. Ich will Sie daran erinnern, dass die soziale Frage hierzulande und anderswo vielfach auf andere Weise behandelt wurde und wird und dabei nichts zusammengebrochen ist und nichts zusammenbricht. Bevor die Ein-Euro-Jobs als Instrument der Arbeitsmarktpolitik erfunden wurden - als welches sie nicht funktionieren, das sagt Ihnen heute das IAB schwarz auf weiß – gab es andere Formen öffentlich geförderter Dienstleistungen und nach ihnen wird es auch andere geben.

Der Hamburger Spitzenkandidat der SPD, Herr Naumann, hat angekündigt, er werde als Oberbürgermeister die Praxis der Ein-Euro-Jobs beenden und wieder zu einer Form der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) zurückkehren bzw. voranschreiten. Viele Gliederungen der Gewerkschaft im Öffentlichen Dienst (verdi) und anderer Gewerkschaften erheben diese und ähnliche Forderungen seit längerem und inzwischen verstärkt. Jeden Montag wird dafür in Dortmund und anderen Städten demonstriert. Es ist eine Schande für die Stadt, die ein "Aktionsprogramm Soziale Stadt Dortmund" beschlossen hat, dass die Montagsdemo polizeilich und juristisch drangsaliert und verfolgt wird. Gegen die Ein-Euro-Jobs in Deutschland und ähnliche Konstruktionen in den Niederlanden liegen Klagen bei oberen Sozialgerichten vor, deren Erfolgsaussichten gerichtlich bestätigt worden sind – u.a. geht es dabei auch um Europarechtswidrigkeit solcher Art Dienstverpflichtung.

Gegen diesen Antrag werden Sie auch wieder einwenden, der Ein-Euro-Job sei doch der erste Schritt in den ersten Arbeitsmarkt. Ja, alle Untersuchungen sagen, es gebe hier und da so etwas, allerdings sei das dann ein prekärer Job zu Dumpinglöhnen. Zuletzt hat das IAB soeben etwas dazu gesagt, nämlich dass "man mit Ein-Euro-Jobs länger in Hartz IV bleibt als ohne" und "Ein-Euro-Jobs haben einen Einsperreffekt." Nehmen Sie das doch bitte zur Kenntnis und schauen Sie sich die Entwicklung der sozialversicherungsrechtlichen Beschäftigungsverhältnisse, der nichtsozialversicherungspflichtigen, der sogenannten "Aufstocker/innen", der 400-Euro-Jobs, der Ich-AGs usw. endlich einmal an. Dortmund gilt mittlerweile als die "heimliche Hauptstadt der Minijobs".

Gegen diesen Antrag werden Sie auch wieder einwenden, die Ein-Euro-Jobs wären das Beste, was den Langzeiterwerbslosen geschähe. Viele bettelten geradezu darum, ihn zu bekommen bzw. ihn zu verlängern, wenn sie ihn haben. Ja – so weit hat es Ihre Politik in diesem reichen kapitalistischen Land gebracht, dass Hunderttausende Menschen so tief in Armut gedrückt wurden, dass sie sich "gerne" zu dem Ein-Euro-Job zwingen lassen. Ja, sie brauchen die 120, 150 oder 180 Euro mehr im Monat zum Überleben und können die 100 Euro im Monat nicht entbehren, die ihnen abgezogen würden, wenn sie den Ein-Euro-Job ablehnten. Nein, diese Menschen sprechen nicht über den Zwang, der ihnen angetan wird. Man muss schon genauer mit ihnen sprechen, um etwas von ihrer Ohnmacht und Scham zu spüren: "Wenn es sein muss, mache ich es - aber bitte nicht da, wo ich wohne". Es gehört auch zu diesem Thema, dass das bestrafende Einhalten von Transferleistungen massiv zugenommen hat.

Gegen diesen Antrag werden Sie schließlich auch wieder einwenden, das hätte der Rat ja bereits beschlossen, bereits vor einem Jahr. Ja, das war allerdings eine "Soll-Bestimmung" – über ihre Umsetzung hat es bisher keine Rechenschaft gegeben. Aber die Berichte über Outsourcing von Betriebsteilen zugunsten von Abschlüssen untertariflicher Verträge und Löhne, von illegaler Praxis zu schweigen, und die Berichte über den irregulären Einsatz von Ein-Euro-Jobs haben rapide zugenommen. Was der Rat vor einem Jahr beschlossen hatte, war spät genug ein Anfang, wir hatten daran mitgewirkt und zugestimmt – heute wissen wir, es muss genauer reguliert werden.

Lassen Sie mich zum Kern kommen, zu dem, was Sie gegen diesen Antrag nicht einwenden werden und was den eigentlichen Zweck von Dumpinglöhnen und Ein-Euro-Jobs unterhalb aller moralisierenden Phrasen ausmacht. Es geht um's Geld und die Bilanzen. Darüber spricht man nicht. Darüber machen weder die Vorstände kommunaler Konzerne und ihrer Töchter, noch die Geschäftsführungen sozialer Vereinigungen und sozialgewerblicher Unternehmen Aussagen in der Öffentlichkeit. Überall hier wird inzwischen Arbeitskraft unterbezahlt und unbezahlt eingesetzt und ausgenutzt. Über diesen Sachverhalt schweigt man nicht nur traditionell gern, sondern auch deshalb, weil nicht einmal die Hartz-Gesetzgebung erlaubt, was hier ständig geschieht – das Verdrängen regulär tarifierter Arbeit im öffentlichen und im privaten Sektor und der Versuch, kommunale und kommunalgewerbliche, soziale und sozialgewerbliche Bilanzen zu sanieren mit Hilfe von Untertarifung und mit Hilfe erzwungener Dienstleistung. Sie haben das jetzt wieder schriftlich und zwar hoch offiziell, quasi amtlich.

Nebenbei: Weil es um's Geld und das Aufhübschen der Bilanzen vor Ort durch zusätzliche Bundesmittel geht, haben Sie in diesem Sektor Strukturen aufgebaut, Konsensrunden, Beiräte usw. eingerichtet, die an Geheimbünde erinnern statt an öffentliche Organe. Es war kein Zufall, dass mein Antrag, für die neu gegründete Fraktion "Die

Linken im Rat" in das Gremium aufgenommen zu werden, das die Fraktionen "informell beteiligen" soll, erschrocken zurückgewiesen wurde – das Protokoll vermerkt für den Sprecher der grünen Fraktion "kategorisch". Wo die Verteilung von geldwerten Maßnahmen, öffentlichen Subventionen und Arbeitserzwingungen organisiert wird, soll unbestechliche Kritik sowenig dabei sein wie Öffentlichkeit, von einer Vertretung der entrechteten Betroffenen ganz zu schweigen.

Hartz IV hatte zu Jahresbeginn Geburtstag – in den vergangenen drei Jahren wurde experimentiert, wie der politisch und ökonomisch inzwischen heruntergekommene Sozialstaat durch ein System ersetzt werden kann, in dem wenigstens die Transferleistungen rekapitalisiert werden können. Dazu müssen die als nicht renditeträchtig aussortierten Menschen dienstverpflichtet werden - umso besser, wenn dabei unabweisbare öffentliche Verpflichtungen gegenüber Armut, Elend und Not quasi umsonst erbracht werden können. Es gibt noch kein deutsches Wort für das neue System – international wird es "Workfare State" genannt.

Der Systemwechsel wird nicht nur irgendwo in der Ferne von Ihren Parteifreunden in SPDCDUGrünFDP gemacht – Sie selbst sind vor Ort beteiligt, in den unnachahmlichen Worten des Herrn Oberbürgermeisters – "wir setzen das im Schweinsgalopp um!" Darin leuchtet aber auch die Alternative auf: "Wir machen diese Schweinerei nicht länger mit". Dazu bietet Ihnen unser Vorschlag die Gelegenheit – erfüllen Sie den im Rat beschlossenen "Aktionsplan Soziale Stadt Dortmund" mit Leben und kommen Sie nicht erst wieder in ein paar Jahren damit an. Stimmen Sie der Beschlussvorlage der Fraktion "Die Linken im Rat" heute zu.

Ergebnis: Nach Diskussion wurde der Antrag der Fraktion "Die Linken im Rat" von SPD/CDU/Grün/FDP abgelehnt.

Ehemalige Thier-Brauerei

Ergänzungsantrag der Fraktion "Die Linken im Rat" im AUSW am 09.04. und im Rat am 24.04. zur Vorlage der Verwaltung, das Gelände der ehemaligen Thierbrauerei in der City mit einem Großkaufhaus überbauen zu lassen:

... die Verwaltung zu beauftragen, der weiteren Entwicklung des Vorhabens "Planung und Bebauung des Geländes der ehemaligen Thier-Brauerei" folgende stadt- und sozialräumliche Qualitäten zugrunde zu legen und sie in dem noch abzuschließenden "städtebaulichen Vertrag" zu vereinbaren:

- 1 Die derzeitige Planung im Bereich Silberstraße erfordert das Einziehen öffentlicher Verkehrsfläche und ihre Privatisierung – eine Abwägung des öffentlichen und privaten Interesses muss eine andere Lösung suchen, da zukünftige Entwicklungen in diesem Citybereich massiv eingeschränkt oder gänzlich verhindert werden zugunsten eines kurzfristigen privaten Zugewinns. Die Begründung für das geplante Einziehen ist fachlich und rechtlich nicht ausreichend.
- 2 Die inneren Erschließungsachsen – Einkaufspassagen - und der zentrale Raum des "Haus-im Haus"-Konzepts sind übergeordnete und wichtige stadträumliche Wegebeziehungen für die City. Sie müssen - wie generell das gesamtstädtische Wegenetz - grundsätzlich allen Menschen offenstehen. Dafür ist ein uneingeschränktes öffentliches Wegerecht zu vereinbaren und grundbuchlich zu sichern.
- 3 Das Konzept der inneren Laden-Passagen lässt befürchten, dass die in den Stadtraum weisenden Außenwände mit Ausnahme der Eingangssituationen als reine Rückwände ausgeführt werden. Dies soll

vertraglich ausgeschlossen werden, da das die innerstädtischen Außenräume hier zu sozial und gestalterisch toten Wegen machen würde.

- 4 Die Erschließung des Gesamtobjekts ist bisher nur für die von Kunden verursachten Verkehre skizziert. Die störungsfreie Erschließung für die Ver- und Entsorgung der Laden- und Entertainmentzonen - zu erwartend hoher Güter-Umschlag - ist für diese zentrale Lage erst noch stadtbau technisch einwandfrei und sozial- und umweltverträglich zu entwerfen und vertraglich festzulegen.
- 5 Der Planung, Entwicklung und Ausführung des Vorhabens sind in allen räumlichen Teilen und organisatorischen Belangen die aktuellen Standards und darüber hinaus zu erreichenden Prinzipien vollständiger Barrierefreiheit zugrunde zu legen und langfristig zu sichern.
- 6 Der Entwickler verpflichtet sich, die Ausführung des Vorhabens in den Maßstäben der für öffentliche Vorhaben zugrunde zu legenden Vergabe- und Ausführungsrichtlinien auszuschreiben, zu vergeben und durchzuführen (insbesondere ist das Einhalten der Tarifverträge und ggf. der Mindesttarife für die beteiligten Branchen zu sichern).
- 7 Der Entwickler verpflichtet sich, als Qualitätsmaßstab für seinen Vermietungs-Mix im Bereich des Handels und des Entertainments mindestens ein Drittel (33%) des Gesamtvolumens als "fairen Handel" in das Betreiberkonzept aufzunehmen und langfristig zu sichern.

Begründung: Alles spricht für eine qualifizierte Belegung des zentralen Geländes in der City. Die bekannt gewordenen Pläne zur Wiedernutzung der zum großen Teil seit längerem brachliegenden Flächen bieten eine solche Nutzung an und versprechen sie in Skizzen und anderen Darstellungen.

Von besonderer Bedeutung für die Beurteilung müssen die städtebauliche Integration in die City, die ökonomische, soziale, kulturelle und gestalterische Einbindung in das städtische Leben sein.

Noch sind die Planungen in einem frühen Stadium, so dass vieles bisher offen und erst wenig genau beschrieben ist. In dieser Phase spricht die Verwaltungsvorlage unter Punkt 17 - "Städtebaulicher Vertrag" - ausgewählte Qualitätsmerkmale an, die in ihm vereinbart werden sollen. Die dort als "bisher vorgesehene Inhalte" festgehaltenen Punkte bedürfen jedoch weiterer Ergänzungen, um die beanspruchte und versprochene hohe Qualität der geplanten Maßnahme inhaltlich zu präzisieren und vertraglich zu sichern.

Für diese Ergänzung legt die Fraktion "Die Linken im Rat" konkrete Vorschläge in sieben Punkten vor. Wir sehen sie als geeignet und unverzichtbar an, im allgemeinen Interesse der Öffentlichkeit und im besonderen Interesse der Dortmunder Bürger/innen

- stadträumliche und stadtbau technische (Punkte 1, 4),
- grundrechtliche und fachrechtliche (Punkte 2, 6),
- soziale, kulturelle und gestalterische (Punkte 3, 5, 7)

Qualitäten für dieses zentrale Entwicklungsvorhaben zu fördern und zu sichern.

Ergebnis: Nach mündlicher Begründung durch Wolfgang Richter und Diskussion wurden die Vorschläge der Fraktion "Die Linken im Rat" von SPD/CDU/Grün/FDP abgelehnt.

Autohöfe in Dortmund

Alternativantrag der Fraktion "Die Linken im Rat" im AUSW am 27.02. und im Rat am 13.03. zur "Standortuntersuchung Autohöfe" für den Planungsraum Dortmund:

1. Es sind grundsätzliche Alternativen zur derzeitigen Transport- und Logistikpolitik zu untersuchen. Für Las-

tenfernverkehre ist prioritär der Ausbau der Schienen- und Wasserwege vorzusehen und zu planen, auf den Straßen sind auf Dauer in erster Linie die regionalen und lokalen Lastenverkehre mit dazu qualifizierten LKW - geringere Volumen und begrenzte Achslasten, energiesparende und umweltverträgliche Technologien - durchzuführen. Es sind Übergangsszenarien für die Neuorientierung der Transport- und Logistikpolitik zu entwickeln.

2. Massen-Park- und Versorgungsplätze für fernfahrende LKW - genannt Autohöfe - sind auf Dauer abzubauen statt sie aktuell noch aufzubauen. Solange die Transport- und Logistikpolitik noch keine neue Situation geschaffen hat, gehören Autohöfe an die überregionalen, nationalen und internationalen Fernstraßen. In Dortmund und in der angrenzenden Region sind dazu Standorte an der A1, A2 und A45 zu untersuchen.
3. Logistik- und gewerbliche Unternehmen mit Ziel- und Quellverkehren im Stadtgebiet haben ihren LKW-Park grundsätzlich auf eigenen Industrie- und Gewerbeflächen vorzuhalten. Sie sind, soweit sie Fernverkehre benötigen und verursachen, in erster Linie an Schienen- und Wasserwegen anzulagern. Soweit sie lokale und regionale Verkehre benötigen und verursachen, sind sie in erster Linie an den Verteilerstraßen im Stadtgebiet B1, B54, B234, B235, B236, NS9 und OW 3A anzulagern, die als Zubringer zu A1, A2 und A45 dienen.
4. Ein "wohnnaher Bedarf" an Abstellmöglichkeiten für LKW ist generell neu zu untersuchen und ggf. neu zu regeln. Er entspringt weder den Fernverkehren noch den Lokal- und Regionalverkehren - die mit eigenen Abstellflächen auch die Zubringerverkehre für ihre Fahrer/innen zu lösen haben. Restbedarfe sind dezentral zu organisieren ...

Mündliche Begründung Wolfgang Richter (Auszug): ... wie extensiv sich der LKW-Güter-Verkehr in Deutschland entwickelt hat und offenbar ungezügelt weiter entwickeln soll. Bundes- und Landespolitik wollen diese Katastrophe für Klima-, Energie- und Gesundheitspolitik durch blindwütige Wachstumspolitik weiter fördern. Mehr Achsen, mehr Achslasten, mehr Straßenspuren, mehr Parkplätze, mehr Autohöfe - mehr, mehr, mehr.

... Unser Antrag gibt Ihnen die Chance, den lebensbedrohenden Mainstream zu verlassen und sich perspektivisch an der existentiell erforderlichen Neuorientierung der Verkehrspolitik zu beteiligen.

... Als ich der von Ihnen so euphorisch begrüßten Zweckbestimmung für das Gelände der ehemaligen Westfalenhütte als Logistik-Zentrum nicht zustimmen konnte, haben Sie gehöhnt, damit solle ich mich im kommenden Wahlkampf mal im Norden sehen lassen. Das offenbarte einerseits Ihr Politikverständnis als nur von Wahl zu Wahl reichend und andererseits Ihre Unfähigkeit, sich mit notwendigen politisch-ökonomischen und raumplanerischen Alternativen zum Mainstream auseinander zu setzen.

... Die Verwaltungsvorlage sagt: Autohöfe? Na gut. Her damit - wir richten das ein. Wir haben ja die Nordstadt, die will das haben, auch das noch, auch was zusätzlich belastet, Gesundheit gefährdet und im Zweifel auch tötet.

Ergebnis: Nach Diskussion wurde der Antrag der Fraktion "Die Linken im Rat" durch SPD/CDU/Grün/FDP abgelehnt.

ê Letzte Meldung: 40 Jahre SDAJ und DKP Dortmund Großes Geburtstagsfest am Freitag, 13. Juni ab 18 Uhr im Z mit den schönsten Geschichten aus 40 Jahre Kämpfen und Feiern für eine ganz andere Zukunft als Kapitalismus, mit Politik & Kultur & Essen & Trinken & Tombola & Gesprächen über Kommunismus, Liebe und so weiter ê ê ê